

Prof. Dr. Jens Weidmann

Aufsichtsratsvorsitzender der Commerzbank AG

Professor an der Frankfurt School of Finance and Management

Vorsitzender des Kuratoriums der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung in Freiburg

Festrede

**Freiheit, Marktwirtschaft und Demokratie –
80 Jahre nach Hayeks “Weg zur Knechtschaft”**

Wien, Dienstag, 23. April 2024

**Festveranstaltung der Wirtschaftskammer Österreich
und der Wirtschaftskammer Wien**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen herzlich für die Einladung zu der heutigen Festveranstaltung.

Dass ich dieser Einladung sehr gern gefolgt bin, brauche ich wohl nicht besonders zu betonen. Schließlich ist Wien eine wunderschöne, ja, in vieler Hinsicht einzigartige Stadt. Das sage ich bewusst auch als Volkswirt.

Denn es gibt hier offenbar sogar einen „National-Ökonomen-Pfad“: Es handelt sich um eine literarisch-musikalische Führung durch die Innenstadt, begleitet von Lesungen aus Hayeks Briefen sowie unterhaltsamen Liedern aus dem Mises-Kreis – und natürlich einem guten Kaffee. ¹

Ich finde das eine faszinierende Idee. Es ist natürlich hier in Wien eine große Aufgabe, die Österreichische Schule der Nationalökonomie so bekannt zu machen wie die Hofreitschule. Aber es ist eine überaus lohnende Aufgabe!

Die erwähnte Führung

- beginnt am historischen Gebäude der Wirtschaftskammer Wien, wo morgen das Symposium stattfindet; hier war einige Jahre Hayeks Wirkungsstätte, und er hätte heute zweifellos den Titel des „Chefvolkswirts“ inne;
- es geht dann weiter über das Finanzministerium, die demokratische Schaltstelle der Finanz- und Budgetpolitik,
- zum Heldenplatz, einem Ort, der historisch mit einer Periode der Unfreiheit und Knechtschaft in Verbindung gebracht wird,
- und endet schließlich an der Universität, einem Symbol der akademischen Freiheit und Bildung.

Dieser Bogen kennzeichnet sehr gut Hayeks beruflichen und gedanklichen Entwicklungsweg. Denn er hatte erkannt, dass mit empirischer Konjunkturforschung durch Daten und Statistiken, mittels Modellen und Formeln allein die Wirtschaft weder ausreichend erfasst noch erklärt werden kann. ²

Begründet u.a. von Carl Menger sowie von Hayeks Mentor Ludwig von Mises, ist die Österreichische Schule heute noch so renommiert und wichtig, weil sie dem Menschen und seinem Verhalten besondere Beachtung schenkt.

Und weil sie sich zutraut auf die Frage zu antworten, wie sich die wirtschaftliche und die politische Ordnung nach freiheitlichen, demokratischen Prinzipien miteinander verbinden lassen. Sie führt uns damit zurück zu den Wurzeln der Ökonomie in der praktischen Philosophie.

Hayek hatte sich in den vierziger Jahren des letzten Jahrhunderts mit dem „Weg zur Knechtschaft“ auf das Gebiet der Sozialphilosophie begeben. Er selbst war zwar der Auffassung, er habe sich mit diesem dann so erfolgreichen und populären „Jahrhundertbuch“ seinen Ruf als Ökonom ruiniert.³

Doch da war er eindeutig zu selbstkritisch. Denn wir verdanken ihm durch diesen Mut zur interdisziplinären Arbeit jenes zeitlose Werk, das uns bis heute vor Zwang und Unterwerfung durch autoritäre Herrschaft und umfassende staatliche Planung warnt und dafür eintritt, dass es dem einzelnen Menschen freistehen soll, innerhalb eines rechtlichen Rahmens nach seinen eigenen Wertvorstellungen und Neigungen zu leben.

Gewiss: Hayek hatte, wie er 1971 in der Neuauflage der „Knechtschaft“ betonte, beim Schreiben in der ersten Hälfte der 1940er Jahre „im Sinne der Zeit nur jenen älteren Sozialismus im Auge (gehabt), der eine Vergesellschaftung aller Produktionsmittel und damit notwendig eine zentrale Planwirtschaft anstrebte. Diese Form des Sozialismus ist von den meisten sozialistischen Parteien des Westens aufgegeben worden.“⁴

Schließlich hatte Hayek damals die siegende Sowjetunion vor Augen und die planwirtschaftlichen Kriegsökonomien. Doch Hayek hat dieses Buch nie aktualisiert. Er vertraute vielmehr darauf, dass nachfolgende Generationen in der Lage sein würden, seine Erkenntnisse mit Verstand auf ihre jeweilige Zeit anzuwenden. Lassen Sie uns dies also jetzt einlösen!

Der Kern meiner Rede lautet: Wir erleben einen historischen „Hayek-Moment“.

Ich sehe vor allem vier Bereiche – in Hayeks Worten: vier Wege – auf denen wir heute Gefahren für unsere Freiheit erkennen können und denen wir ebenso rechtzeitig wie effektiv entgegenwirken müssen!

1.

Der erste Bereich betrifft unsere **Demokratien**.

Meine Damen und Herren, seit längerem lehrt uns die Nachrichtenlage jeden Tag: Auch für unsere heutigen Demokratien gibt es keine Ewigkeitsgarantie, genauso wenig wie einst für die Demokratie von Athen.⁵

Es muss nicht immer ein Krieg oder ein Militärputsch sein, der zurück in die Unfreiheit führt. Es gibt daneben – und das ist vielleicht die größere Gefahr – auch ein langsames Abgleiten, die Degeneration der Demokratie bis zum autokratischen oder totalitären Leviathan. Und leider gibt es noch zu viele Gesellschaften, in denen große Teile der Bevölkerung noch nie in den Genuss individueller oder gesellschaftlicher Freiheit gekommen sind.

Glaut man den einschlägigen Untersuchungen und Indizes, lebt derzeit nur rund ein Sechstel der Menschheit in Staaten mit hohen Scoringwerten für persönliche und wirtschaftliche Freiheit.⁶

Erschreckend zahlreich sind die Beispiele weltweit, etwa in Mittel- und Südamerika, aber auch in Asien. Hier, ganz in unserer Nähe, kommt uns natürlich vor allem die Entwicklung Russlands in den Sinn.

Friedrich August von Hayek hat in seinem Buch genau beschrieben, wie ein geschickter Demagoge ein demokratisches System mit dessen eigenen Mitteln in die Hand bekommen kann.

Das zehnte Kapitel im „Weg zur Knechtschaft“ heißt bezeichnenderweise „Der Triumph der menschlichen Gemeinheit“⁷.

Hayek wäre mit seinen Erfahrungen aus den dreißiger und vierziger Jahren sicher auch wenig überrascht, wenn wir ihm heute berichten würden, dass Richter bereits wieder eingeschüchtert und Politiker bedroht werden. So werden in Deutschland etwa Kommunalpolitiker, die sich für die Belange von Flüchtlingen einsetzen, beschimpft und bedroht, so dass manche gar ihr Amt niedergelegt haben.

Denn es sind keineswegs nur kriminelle Organisationen und Clans, die den Rechtsstaat verachten und gefährden. Es sind zunehmend auch politische Parallelgesellschaften und radikale Bewegungen extrem links wie extrem rechts, die der Demokratie und Freiheit von innen gefährlich werden. Hierbei an Karl Popper zu denken, liegt nahe. Die Feinde der offenen Gesellschaft⁸ sind rege.

Und bisweilen werden auch Begriffe wie „liberal“ oder „freiheitlich“ verbogen und missbraucht, wenn unter diesem Label Intoleranz und Ausgrenzung verkauft werden.

Eher unmerklich und subtil kann Machtergreifung verlaufen, wenn die ursprünglich demokratischen Staatsgewalten – zunächst nur Stück für Stück, aber systematisch – auf die autokratisch genehme Linie gebracht werden.

Alle drei Staatsgewalten sind dann in Gefahr, gerade auch die Judikative. So beobachten wir innerhalb der EU, aber auch in den USA, Versuche, vor allem die Verfassungsgerichte mit Personalentscheidungen oder Einflussnahme zu politisieren bzw. zu marginalisieren. Manche sprechen geradezu von einer „weltweiten Krise der Verfassungsgerichtsbarkeit“⁹.

Nur im günstigsten Fall gelingt es einer Gesellschaft, sich den schwierigen Weg zurück zu Demokratie und Freiheit friedlich zu erkämpfen. Die russische Opposition ist ebenso gescheitert wie die Demokratiebewegungen im Iran, in Syrien oder Ägypten.

Immerhin zeigen die Beispiele Polens und zuletzt der Türkei, dass da, wo demokratische Wahlen noch möglich sind, der Weg zur Knechtschaft auch verlassen werden kann.

Seien wir gewarnt: Wie die Gesundheit kann auch die Demokratie durch Vernachlässigung schnell oder schleichend verloren gehen. Eine Verrohung der politischen Sprache und eine zunehmende Polarisierung der Gesellschaft sind Warnzeichen.

Umso größer ist meine Bewunderung für jene Staaten Osteuropas, die sich nach jahrzehntelanger russischer Herrschaft freiheitlichen Werten und demokratischen Prinzipien zugewandt und die neu erlangte Freiheit demokratisch gefestigt haben. Das war auch der Hintergrund, vor dem die Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung im vorletzten Jahr ihren Internationalen Preis an die Regierungschefs der drei baltischen Staaten verliehen hat.¹⁰

Es lauert auch immer das Risiko, von einem Extrem ins andere zu geraten.

Inwieweit in Argentinien beispielsweise die libertäre Roskur des selbsternannten „Anarchokapitalisten“ Javier Milei wirtschaftlich Erfolg haben und mit demokratischer Herrschaft vereinbar sein wird, ist noch vollkommen offen.

Und hüten wir uns auch davor Hayek zu verklären. Zutiefst irritierend ist seine 1981 in einem Interview mit einer chilenischen Zeitung geäußerte Auffassung: „Als dauerhafte Regierungsform bin ich vollkommen gegen Diktaturen. Für eine Übergangsphase mag die Diktatur jedoch ein notwendiges Regierungssystem sein.“¹¹ Seine beiden Besuche in Chile während der blutigen Diktatur von Augusto Pinochet zeugen auch von einem Mangel an Urteilsvermögen mit Blick auf die Menschenrechts-verletzungen des Pinochet-Regimes.

Meine Damen und Herren, solche Irrungen bestärken auch den einen oder anderen Protagonisten, Liberale auf dem politischen Spielfeld als „neoliberale, gefühlskalte Ultra-Rechtsaußen“ anzugreifen. Und gern werden sie auch absichtsvoll mit Vertretern etwa der amerikanischen „Alt right“-Bewegung oder anderen Anhängern eines minimalen, schwachen Staates verwechselt.

Dabei findet sich doch gerade in Hayeks „Weg zur Knechtschaft“ auch dieser Satz:

„Nichts dürfte der Sache der Sache des Liberalismus so sehr geschadet haben wie das starre Festhalten einiger seiner Anhänger an gewissen groben Faustregeln, vor allem an dem Prinzip des Laisser-faire“.¹²

Und Hayek ergänzt an anderer Stelle: „Kein vernünftiger Mensch kann sich ein Wirtschaftssystem vorstellen, in dem der Staat ganz untätig ist. Ein reibungslos arbeitendes Konkurrenzsystem braucht so gut wie jedes andere einen klug durchdachten und seinen Erfordernissen fortlaufend angepassten rechtlichen Rahmen.“¹³

In einigen weiteren Schriften machte Hayek noch deutlicher, dass Freiheit niemals absolut sein kann. Sie bedarf vielmehr stets abstrakter, gemeinsamer Regeln, um die persönlichen und wirtschaftlichen Freiräume jedes Einzelnen gegen Übergriffe der anderen zu schützen¹⁴.

2.

Für allgemeine Freiheit und Rechtsstaatlichkeit einzutreten, bleibt gleichwohl auch im zweiten Bereich, in der **Wirtschaft** vernünftig und geboten.

Denn nur die Kräfte des Wettbewerbs erlauben jenes Entdeckungsverfahren, das Wohlstand unter bestmöglichem Einsatz aller materiellen und intellektuellen Ressourcen immer wieder neu generiert.

Die Wettbewerbsordnung ist in Hayeks Denken untrennbar verbunden mit dem Freiheitsgedanken:

„Die auf dem Wettbewerb beruhende Marktwirtschaft ist das einzige Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das darauf gerichtet ist, durch Dezentralisierung die Macht des Menschen über den Menschen auf das Mindestmaß herabzusetzen.“¹⁵

Hayek macht sich in diesem Zusammenhang aber auch Gedanken darüber, welches Maß an Sicherheit dem Einzelnen durch die Gemeinschaft gegeben werden kann, ohne die Freiheit zu bedrohen.

Zwar hat Hayek das Adjektiv „sozial“ als beliebiges, nichtssagendes „Wieselwort“ gemieden. Denn es würde aus den damit verbundenen Substantiven deren Sinn herausaugen – wie das Wiesel den Inhalt aus dem Ei.¹⁶ Hayek hat es daher sogar in Fügungen wie „soziale Marktwirtschaft“ und „Sozialstaat“ mit Skepsis betrachtet.

Aber wir, die wir uns heute zum Gedanken der sozialen Marktwirtschaft bekennen, finden bei Hayek Hinweise, dass auch er soziale Gedanken hegte und zum Beispiel postulierte, dass „ein gewisses Minimum an Nahrung, Obdach und Kleidung garantiert“ werden kann sowie eine „umfassende Sozialversicherung“. Und er ging so weit zu sagen: „Es ist kein Grund vorhanden, warum in einer Gesellschaft, die einen Wohlstand wie die unsrige erreicht hat, nicht allen Menschen die erste Art von Sicherheit“ – das ist die Sicherheit eines Mindesteinkommens – „ohne Gefahr für die allgemeine Freiheit gewährleistet werden sollte.“¹⁷ Und das schrieb er im England des Jahres 1944!

Hayek war eben gerade kein Vertreter des Laissez-faire oder einer „unsozialen Marktwirtschaft“ im Sinne des Manchester-Kapitalismus.

Im „Weg zur Knechtschaft“ schreibt er weiter:

„Die Aufrechterhaltung des Wettbewerbs ist sehr wohl auch mit einem ausgedehnten System der Sozialfürsorge vereinbar – solange dieses so organisiert ist, dass es den Wettbewerb nicht weitgehend lahmgelegt.“¹⁸

Wenn wir uns heute auf Hayek als einen der prägenden polit-ökonomischen Denker des vergangenen Jahrhunderts berufen, spricht also nichts gegen eine Marktwirtschaft, in der Eigeninitiative und Eigenverantwortung in die richtige Balance mit sozialer Fürsorge im Sinne einer Abfederung von echten Härten gebracht werden.

Und Hayek bestreitet auch keineswegs, dass es für die freie Gesellschaft lebenswichtige Aufgaben gibt, die vom Staat zu übernehmen und von den Bürgern durch Steuern zu finanzieren sind: Bildung, Infrastruktur, innere und äußere Sicherheit und das Rechtswesen.

Aber lassen Sie mich mit Blick auf aktuelle Diskussionen ergänzen, dass nur ausreichende Budgetpuffer und glaubwürdige, effektive Verschuldungsregeln die nachhaltige Tragfähigkeit der Staatsfinanzen und die zukünftige Handlungsfähigkeit des Staates garantieren.

Nicht nur in Deutschland, auch auf EU-Ebene wird über solche Regeln und deren konkrete Ausgestaltung jedoch seit langem heftig gestritten – meist mit dem Ziel der Aufweichung. Aber auf Dauer kann der „Münchhausen-Trick“ nicht gelingen, sich mit immer neuen, höheren Staatsschulden aus dem Sumpf alter Schulden herauszuziehen.

Ohne hier auf die technischen Details der r-g-Diskussion eingehen zu wollen: Grundsätzlich macht es Sinn, dauerhafte Staatsausgaben mit dauerhaften Einnahmen – sprich: laufenden Steuern – zu finanzieren, nicht mit chronischen Staatsdefiziten. Die Schuldenbremse beispielsweise verhindert keine Investitionen. Sie fordert nur, dass sie gegenfinanziert sind. Das gilt auch für soziale Aufgaben des Staates. Zudem ist darauf zu achten, dass nicht Fehlanreize entstehen, die der Erwerbstätigkeit und Eigenverantwortung hinderlich sind.

Ich will hier nicht der Versuchung nachgeben, in den Chor zur Geißelung des angeblich „unaufhaltsam sich ausdehnenden Sozialstaats“ einzustimmen.

Denn in der Tat waren die kräftigsten Anstiege der Sozialausgaben in den westlichen Staaten zwischen 1960 und 1999 zu beobachten – in Österreich wie in Deutschland recht ähnlich: von rund 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf fast 26 Prozent. Seither steigen sie nicht mehr so steil an.¹⁹

Doch ob angesichts der demografischen Perspektiven alle sozialen Besitzstände auf dem erreichten Niveau gesichert werden können – das steht durchaus in Frage.

Insgesamt macht mir die asymmetrische, kaum noch korrigierbare Gewichtung bzw. Prioritätensetzung in vielen Staatsbudgets Sorgen. Sie geht vor allem zulasten wichtiger staatlicher Investitionen, gleichbedeutend mit Vernachlässigung der Infrastrukturen, des Produktionspotenzials und der Wachstumschancen.

Meine Damen und Herren, ich bin in einer schwäbischen Umgebung aufgewachsen. Dort weiß nicht nur die sprichwörtliche Hausfrau, dass vor dem Geldausgeben das Sparen kommt. Sondern es ist auch grundsätzlich die Ansicht verbreitet, dass einem die Schulden niemals über den Kopf wachsen dürfen.

Wissenschaftlicher gesprochen: Ich halte es für gut belegbar²⁰, dass über einer gewissen Schuldenquote – liege sie nun bei 60 oder 90 % des Bruttoinlandsprodukts – die Staatsschulden so schwer auf einem Land lasten, dass sie beginnen, nicht nur die Fiskalpolitik einzuschnüren, sondern auch die privaten Wachstumskräfte.

Sie können sich daher sicher vorstellen, mit welcher Skepsis ich es betrachte,

- wenn Staaten sich als Schuldner gewissermaßen selbst privilegieren, indem sie sich von zentralen Vorschriften der Bankenregulierung ausnehmen – also der Eigenkapitalunterlegung von Staatsanleihen in Bankbilanzen;
- wenn Regierungen mit Hinweis auf immer neue Notlagen Budgetregeln aufweichen oder außer Kraft setzen;
- und wenn Zentralbanken mittelbar Staaten finanzieren, um diesen Zeit für Reformen zu verschaffen, indem sie deren Anleihen kaufen. Und was als Notmaßnahme gedacht war, ist zu einem dauerhaften Instrument geworden.

All das nährt eine Art „Schuldenillusion“, verschleiert die Kosten einer hohen Staatsverschuldung und kann die Notenbanken unter Druck setzen, ihr Mandat der Preisstabilität der Solvenzsicherung der Staaten unterzuordnen.

Meine Damen und Herren, in seinen Werken unterstreicht Hayek immer wieder, dass Wettbewerb das überlegene Entdeckungsverfahren ist, das eine wesentlich bessere Koordination wirtschaftlichen Handelns ermöglicht als umfassende Planung.

Dieser Gedanke sollte uns auch leiten bei der Bekämpfung des Klimawandels – der neben der Bewahrung des inneren und äußeren Friedens größten Herausforderung unseres Jahrhunderts.

Hayek hätte uns sicher geraten, gerade zur Erreichung dieses lebensnotwendigen Ziels so weit wie möglich auf den Such- und Entdeckungsprozess der Marktwirtschaft zu setzen, auf Kreativität und Erfindungsreichtum, auf die unternehmerische Motivation durch Gewinnmöglichkeiten und auf den Preismechanismus.

Und auch hier gilt: Der Staat muss den richtigen Rahmen setzen. Hayek nennt – vor dem Horizont seiner Zeit – in „Weg zur Knechtschaft“ explizit das Verbot giftiger Substanzen, sanitäre Vorschriften und die Beschränkung der Arbeitszeit als staatlich festzusetzende Regulierungen des Wettbewerbs²¹.

Nur staatliches Handeln – idealerweise international koordiniert – kann den Pfad für die Reduktion der Treibhausgasemissionen vorgeben und dafür sorgen, dass die Klimaziele erreicht werden. Schließlich handelt es sich hier um „klassische“ externe Effekte, bei denen der Marktmechanismus allein nicht zum Ziel führt. Und nur der Staat kann einen sozialen Ausgleich sicherstellen, der die Klimaziele in einen breiten gesellschaftlichen Konsens einbettet.

Richtig eingesetzt sorgt dann der Marktmechanismus dafür, dass die gesetzten Ziele möglichst effizient, also zu den geringsten volkswirtschaftlichen Kosten und ohne größere Wettbewerbsverzerrungen erreicht werden.

Abgeraten hätte uns Hayek dagegen im klimapolitischen Zusammenhang sicherlich von tiefen Markteingriffen des Staates, von staatlicher Detailplanung des Transformationspfads, von Subventionswettläufen und Interventionsspiralen.²²

3.

Denn auch auf dem dritten Gebiet, der **Regulierung** der Wirtschaft, gilt es, die Prinzipien der Freiheit bei jeder Weichenstellung hinreichend zu beachten.

Hayek ging es ja um die ungehinderte kulturelle Evolution hin zu spontanen Ordnungen – ähnlich, aber doch ganz anders als bei der Darwinschen Evolution der Genetik²³. So war Hayek überzeugt, dass Wohlstand evolutorisch nur aus Freiheit entstehen kann und diese wiederum keine Naturkraft ist, sondern ein „Artefakt der Zivilisation“²⁴.

Umgekehrt argumentierte er, dass ein – gewissermaßen planwirtschaftlich konstruiertes – allzu detailliertes und bevormundendes Regulierungsgeflecht die freie Entfaltung der Individuen hemmt.

Nicht nur in Deutschland, sondern in nahezu der ganzen Europäischen Union klagen Verbraucher wie Unternehmer heute über ein zunehmendes Gefühl, sich in einem feinen Gespinnst von immer neuen, zusätzlichen Regeln zu verfangen. Manche fühlen sich an Gulliver erinnert.

Das Phänomen ist beileibe nicht neu. Wir könnten es zugespitzt „Bürokratie-Knechtschaft“ nennen.

Im Ergebnis hätte Hayek vermutlich auch hierzu konkrete Ratschläge gegeben: neben einer generellen Zügelung der staatlichen Regulierungswut etwa die regelmäßige Überprüfung erlassener Gesetze auf ihre Wirksamkeit oder vielleicht sogar deren grundsätzliche Befristung von Anfang an. Insofern ist zu begrüßen, dass inzwischen im politischen Raum in Berlin, in Brüssel und an vielen anderen Orten über einen Abbau überbordender Regulierung verhandelt wird. Dem sollten wir Erfolg wünschen. Ich bin allerdings skeptisch, denn ich habe schon eine ganze Reihe solcher Initiativen gesehen.

4.

Meine Damen und Herren, Sie werden sich vielleicht wundern, wenn ich nach konsequent ordoliberaler Argumentation für den vierten und letzten Bereich für mehr globale Regulierung und Marktkontrolle plädiere, denn es geht mir jetzt um **Wettbewerb im digitalen Zeitalter**.

Hier zeichnen sich Marktstrukturen ab, die für alle Anhänger der Österreichischen und Freiburger Schule, für Verfechter eines freien Wettbewerbs, ein wahrer Graus sein müssen.

Die Väter der sozialen Marktwirtschaft zählten zu deren Prinzipien ausdrücklich eine strenge Kartellgesetzgebung und Marktmacht-Kontrolle. Auch Hayek widmet sich im „Weg zur Knechtschaft“ recht ausführlich der Aufrechterhaltung des Leistungswettbewerbs.²⁵

Technischer Fortschritt, etwa im Zuge der Digitalisierung, kann zweifellos den Wettbewerb fördern. Tatsächlich haben die neuen Möglichkeiten des Internets zu mehr Markttransparenz geführt. Verbraucherinnen und Verbraucher können sich heute mit wenigen Klicks einen Marktüberblick verschaffen und Preise vergleichen.

Gleichzeitig beobachten wir aber auch, dass Digitalisierung zu weniger Wettbewerb führen kann. Denn gerade sogenannte Plattformmärkte neigen zur Konzentration.²⁶

Für alles Mögliche gibt es ja heutzutage Plattformen: von Immobilien über Hotelzimmer und gebrauchtes Kinderspielzeug bis hin zur Partnervermittlung. Vor allem aber für Kommunikation und auch Meinungsbildung.

Wie lässt sich die Tendenz zur Konzentration erklären? Zum einen verschafft schiere Größe einen Kostenvorteil. Denn der Betrieb einer solchen Plattform ist mit hohen Fixkosten verbunden. Die Mehrkosten durch zusätzliche Nutzer sind aber relativ gering. Zum anderen spielen Netzwerkeffekte eine zentrale Rolle: Eine Plattform wird umso attraktiver, je mehr Teilnehmer sie hat. Wenn viele oder sogar alle Ihrer Freunde einen bestimmten Messengerdienst nutzen, ist der Anreiz auch für Sie groß, sich dort anzumelden.

Netzwerkeffekte und Größenvorteile stärken also tendenziell die Platzhirsche. Beherrscht ein Unternehmen erstmal seinen Markt, könnte es aber seine Stellung ausnutzen. Ein derart dominanter Akteur könnte potenziellen Konkurrenten den Zugang zum Markt erschweren und so den Wettbewerb einschränken. Und bei Hayeks Wettbewerbsbegriff geht es ja vor allem um diese Bestreitbarkeit der Märkte.

Entstehung und Missbrauch von Marktmacht sind grundsätzlich keine neuen Phänomene. Neu ist aber die besondere Rolle von Daten. Sie werden gerne als der „Rohstoff des 21. Jahrhunderts“ bezeichnet. Denn große Datenmengen lassen Muster und Zusammenhänge erkennen. „Big Data“ ist das bekannte Stichwort.

Die Kehrseite davon ist, dass wir als Bürger zunehmend gläsern werden. Ab 300 „Likes“ kennt Facebook Sie besser als Ihre Freunde und Familie, fanden Forscher der Stanford University schon vor einigen Jahren heraus.²⁷ Und auch das politische Missbrauchs- und Manipulationspotenzial ist besorgniserregend. Der chinesische Überwachungsstaat sowie politische Desinformationskampagnen zeigen, welche Richtung Digitalisierung schlimmstenfalls nehmen und wie die wirtschaftliche und politische Freiheit darunter leiden kann.

Politik und Wettbewerbsbehörden sind gefordert, um den Wettbewerb im digitalen Zeitalter zu erhalten. Europa mit seinem Digital Services Act verfolgt hier grundsätzlich einen richtigen Ansatz, um einen sichereren digitalen Raum zu schaffen, in dem die Grundrechte der Nutzer geschützt sind, und gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen gewährleistet werden.

Dabei geht es eben auch um Datensouveränität. Die Menschen müssen selbst entscheiden können, wem sie welche ihrer Daten für welche Zwecke und für welchen Zeitraum verfügbar machen.

Meine Damen und Herren, auch in Zukunft sollten wir den Wert, aber auch den Preis der Freiheit kennen – und klar benennen, um sie zu bewahren:

- die Möglichkeit des Scheiterns, die Unsicherheit, das prinzipiell nicht vorhersagbare Leben – das dadurch aber auch spannend und interessant wird.
- Und dass erst dadurch auch enorme Chancen entstehen – solange wir die dazu nötige Freiheit und die entsprechende politische und wirtschaftliche Ordnung genießen.

Bei allen diesen Themen und Entwicklungen lohnt es sich, wenn wir uns an Hayek erinnern.

Denn es gibt viele breite, vermeintlich bequeme Wege, die jedoch früher oder später zu verschiedenen Formen der Knechtschaft führen können – politisch, wirtschaftlich, regulatorisch oder digital.

Wir entscheiden mehr denn je bereits heute in vielfacher Hinsicht über die Zukunft der nächsten Generationen.

Veranstaltungen wie das Symposium morgen können dazu wichtige Anstöße geben.

Nach so viel „food for thought“ gilt das „Entdeckungsverfahren“ jetzt aber auch für das Abendessen, auf das Sie zurecht gespannt sind, und dem ich nun nicht mehr im Wege stehen will.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche ihnen noch angeregte Gespräche!

-
- ¹ Siehe <https://www.elisabeth-joe-harriet.com/?p=939>
- ² Vgl. Friedrich August Hayek, Zur Gründung des Instituts, in: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, 50 Jahre, , Wien 1977, S. 13-19.; vgl. ferner Harald Hagemann, https://www.researchgate.net/publication/363833216_Wie_ist_Konjunkturtheorie_uberhaupt_moglich_Zur_I_n-Kompatibilitat_von_zyklischen_Schwankungen_und_Gleichgewichtstheorie, 2022, S. 20.
- ³ Vgl. Rahim Taghizedegan, Alles, was sie über die Österreichische Schule der Nationalökonomie wissen müssen, München, 2017, S. 29.
- ⁴ Friedrich August von Hayek, Der Weg zur Knechtschaft, 1. Neuaufl., Reinbek/München 2014, S. 16.
- ⁵ Vgl. ebenso z.B. Andreas Voßkuhle, 28.12.2023, <https://www.n-tv.de/politik/Vosskuhle-Westliche-Demokratie-vielleicht-nur-kurze-Phase-article24626680.html>
- ⁶ Vgl. v.a. den „Human Freedom Index“ von Cato Institute, Fraser Institute und Friedrich Naumann Stiftung, <https://worldpopulationreview.com/country-rankings/freedom-index-by-country> sowie den Überblick bei https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_freedom_indices
- ⁷ Friedrich August von Hayek, Der Weg zur Knechtschaft, 1. Neuaufl., Reinbek/München 2014, S. 173ff.
- ⁸ Vgl. Karl Raimund Popper, The Open Society and Its Enemies, London 1945.
- ⁹ So z.B. Andreas Voßkuhle, Die weltweite Krise der Verfassungsgerichtsbarkeit, in: Juristenzeitung, 79. Jhg. (2024), S. 1-7.
- ¹⁰ Vgl. https://www.hayek-stiftung.de/fileadmin/user_upload/hayek-stiftung.de/Presse/Pressemitteilung_Hayek-Preis_2022.pdf sowie <https://www.hayek-stiftung.de/redemanuskripte/manuskripte-2022.html>
- ¹¹ „As long-term institution I am totally against dictatorships. But a dictatorship may be a necessary system during a transitional period.“ Zitiert nach Bruce Caldwell/Leonidas Montes, Friedrich Hayek and his visits to Chile, The Review of Austrian Economics (springer.com), vgl. LSE [lse.ac.uk_storage_LIBRARY_Secondary_libfile_shared_repository_Content_Caldwell_B_Hayek_and_Chile_Caldwell_Hayek_and_Chile_2015.pdf](https://lse.ac.uk/storage_LIBRARY_Secondary_libfile_shared_repository_Content_Caldwell_B_Hayek_and_Chile_Caldwell_Hayek_and_Chile_2015.pdf), dort S. 44.
- ¹² Friedrich August von Hayek, Der Weg zur Knechtschaft, 1. Neuaufl., Reinbek/München 2014, S. 37.
- ¹³ Ebenda, S. 62.
- ¹⁴ Vgl. z.B. Friedrich August von Hayek, Die verhängnisvolle Anmaßung: Die Irrtümer des Sozialismus, Tübingen 1988, insbes. S. 65ff.
- ¹⁵ Friedrich August von Hayek, Der Weg zur Knechtschaft, 1. Neuaufl., Reinbek/München 2014, S. 186
- ¹⁶ Vgl. Friedrich August von Hayek, Die verhängnisvolle Anmaßung: Die Irrtümer des Sozialismus, Tübingen 1988, S. 124ff.
- ¹⁷ Friedrich August von Hayek, Der Weg zur Knechtschaft, 1. Neuaufl., Reinbek/München 2014, S. 157
- ¹⁸ Ebenda, S. 60.
- ¹⁹ Vgl. z.B. Ludger Schuknecht, Public spending and the role of the state, Cambridge 2021, S. 50.
- ²⁰ Vgl. z.B. Stephen G Cecchetti/Madhusudan Mohanty/Fabrizio Zampolli, The real effects of debt, BIS Working Papers, September 2011; Carmen M. Reinhart,/Kenneth Rogoff, (2010). "Growth in a Time of Debt", American Economic Review. 100 (2): 573–78. doi:10.1257/aer.100.2.573; vgl. ferner Thomas Jost/Karl-Heinz Tödter, Eine neue Fiskalregel für die Eurozone: einfach, transparent, kontrollierbar, List Forum 45, 381–395 (2020). <https://doi.org/10.1007/s41025-019-00183-y>
- ²¹ Vgl. Friedrich August von Hayek, Der Weg zur Knechtschaft, 1. Neuaufl., Reinbek/München 2014, S. 60
- ²² Vgl. Veronika Grimm/Stefan Kolev/Jens Weidmann, Interventionismus als Gefahr für die Demokratie?, FAZ v. 27.2.2024, S. 16
- ²³ Vgl. hierzu und im folgenden Friedrich August von Hayek, Die verhängnisvolle Anmaßung: Die Irrtümer des Sozialismus, Tübingen 1988, insbes. S. 21ff.
- ²⁴ Vgl. Friedrich August von Hayek, Die drei Quellen der menschlichen Werte, Tübingen 1979, S. 26
- ²⁵ Vgl. Friedrich August von Hayek, Der Weg zur Knechtschaft, 1. Neuaufl., Reinbek/München 2014, S.58ff.
- ²⁶ Vgl. im folgenden z.B. Cento Veljanowski, Hayek on Competition – a liberal antitrust for al digital age?, The new Hobart papers no. 1, July 2023; vgl. ferner J. Weidmann, Ordnungspolitik im digitalen Zeitalter, Rede am 30.1.2020, <https://www.bundesbank.de/de/presse/reden/ordnungspolitik-im-digitalen-zeitalter-824454>
- ²⁷ Vgl. New Stanford research finds computers are better judges of personality than friends and family, <https://news.stanford.edu/news/2015/january/personality-computer-knows-011215.html>